

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterinnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderats, liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir stehen heute vor einer bedeutenden Herausforderung: Ein großes Haushaltsdefizit in zweistelliger Millionen Höhe bedroht die finanzielle Stabilität unserer Stadt. Diese Situation erfordert entschlossenes und verantwortungsbewusstes Handeln von uns allen. Doch die vorgeschlagenen Einsparungen in vielen sozialen Bereichen erfüllen uns mit großer Sorge und lassen grundlegende Fragen aufkommen: Welche Art von Gemeinschaft wollen wir sein? Welche Werte sollen unser Handeln leiten?

Soziale Verantwortung als Fundament unserer Gemeinschaft

Die sozialen Leistungen unserer Stadt sind kein Luxus, sondern eine notwendige Investition in das Wohlergehen aller Bürgerinnen und Bürger. Einrichtungen wie Jugendzentren, Seniorenbegegnungsstätten, kulturelle Angebote und Bildungsprojekte sind essenziell für den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität in Ludwigsburg. Sie bieten Räume für Begegnung, Bildung und kulturellen Austausch und fördern das Miteinander in unserer Gesellschaft.

Die vorgeschlagenen Kürzungen würden vor allem diejenigen treffen, die bereits jetzt mit finanziellen und sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Sie würden soziale Ungleichheiten verschärfen und den gesellschaftlichen Frieden gefährden.

Sozialer Neid ist der Nährboden für extremistische Gedanken und spaltet unsere demokratische Gesellschaft. Indem wir soziale Ungerechtigkeiten zulassen, stärken wir ungewollt rechtsextreme Positionen. Es ist unsere Pflicht, dem entgegenzuwirken und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.



Wir, die Linke, setzen uns konsequent für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengleichheit ein. Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird und alle Menschen—unabhängig von sozialer Herkunft, Alter oder ethnischer Zugehörigkeit—die Möglichkeit haben, ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben zu führen.

Es ist die ungerechte Steuerpolitik des Bundes, die die notwendigen Mittel für eine Ausgestaltung des sozialen Lebens in den Gemeinden und Städten verhindert. Aus diesem Grund fordern wir eine gerechte Besteuerung von Vermögen, um die finanzielle Ausstattung der Gemeinden zu verbessern. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) unterstützt die Einführung einer Vermögenssteuer, und selbst die Deutsche Bundesbank hat eine Diskussion darüber angeregt. Vermögen muss besteuert werden, auch um die kommunalen Finanzen nachhaltig zu stabilisieren.

Da uns diese finanziellen Mittel fehlen, sind wir umso dankbarer, dass unsere Stadt mit dem Projekt WIN LB den finanziellen Herausforderungen mit Tatkraft und Weitsicht begegnet.

Für diese außergewöhnliche Anstrengung möchten wir der Verwaltung und allen Beteiligten unseren herzlichen Dank aussprechen. Ihr Einsatz zeigt, dass Ludwigsburg in schwierigen Zeiten zusammensteht und handlungsfähig ist.

In diesen Zeiten müssen **alle** sich mehr einbringen. Hier dürfen wir die Gewerbetreibenden nicht außen vor lassen und sollten diese starken Schultern zur Stabilisierung unserer Stadt

miteinbeziehen. Um konkrete Schritte in Richtung sozialer Gerechtigkeit zu gehen, stellen wir folgende Anträge:



1. Änderungsantrag zur Erhöhung des Gewerbesteuersatzes auf 405 v.Hd.

Wie die Kämmerei aufgezeigt hat, garantiert auch der von der Verwaltung vorgeschlagene Satz von 400%-Punkte für die Gewerbekapitalertragssteuer keinen langfristigen generationsgerechten Haushalt. Wir stellen deshalb den Antrag die Gewerbesteuer auf 405%-Punkte zu erhöhen. So stehen weitere ca. 1,4 Mio.€ der Stadt jährlich mehr zur Verfügung und mindern die Aufnahme von Schulden, was den Haushalt auch langfristig entlastet. Die Kommune hat eben auch ein Einnahmeproblem, wenn sie die Aufgaben wahrnehmen soll und will, die für den sozialen Zusammenleben und den Bildungschancen für alle notwendig sind. Die Mehreinnahmen können für zukünftige soziale Investitionen genutzt werden, was langfristig auch den Wirtschaftsstandort Ludwigsburg stärkt und mehr Gewerbetreibende anzieht.

2. Ergänzungsantrag zur Erstellung eines Leitfadens zum Abrufen der Hilfeleistungen

Schweren Herzens stimmen wir der Streichung der Zuschüsse für Schullandheime und den Schüleraustausch zu. Um aber die sozial schwachen Familien besser zu unterstützen, soll ein Leitfaden in leichter Sprache und mehreren Sprachen erstellt werden. Dieser soll über die Möglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepakets sowie andere finanzielle Hilfsangebote für finanziell schwache Menschen informieren und so Hindernisse bei der Antragsstellung abbauen.

3. Antrag zur Verlängerung des Projektes "Connect" um weitere zwei Jahre

Das Projekt "Connect" fördert nachhaltig Integration, sozialen Zusammenhalt und Jugendpartizipation durch niedrigschwellige Freizeit- und Kulturangebote. Die starke Resonanz und die positive Wirkung auf Teilnehmende und Ehrenamtliche belegen den Erfolg des Projekts, das mit vergleichsweise geringem Aufwand große gesellschaftliche Vorteile erzielt.

4. Interfraktioneller Antrag mit dem Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD für einen nachholenden Inflationsausgleich der Kultureinrichtungen

Um die existenzielle Gefährdung unserer kulturellen Einrichtungen abzuwenden, beantragen wir einen einmaligen nachholenden Inflationsausgleich von 10 %. Dies sichert die Vielfalt und Qualität unseres kulturellen Lebens.



Investitionen in soziale Projekte sind Investitionen in die Zukunft. Sie fördern Bildung, Gesundheit und sozialen Zusammenhalt und tragen dazu bei, dass Ludwigsburg eine lebenswerte Stadt für alle bleibt. Einsparungen in diesen Bereichen führen kurzfristig zu einer Entlastung des Haushalts, verursachen jedoch langfristig höhere Kosten durch soziale Probleme, die dadurch entstehen können.



Wir appellieren an alle Fraktionen im Gemeinderat, sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst zu werden. Ein Sparen auf Kosten der sozialen Infrastruktur ist kurzfristig und gefährdet den Frieden und die Stabilität unserer Gemeinschaft. Lassen Sie uns gemeinsam nach Lösungen suchen, die finanzielle Solidität und soziale Gerechtigkeit vereinen.



Rede zum Haushalt 2025 der Partei DIE LINKE im Gemeinderat Ludwigsburg 20.11.2024

Lassen Sie uns diese schwierigen Zeiten als Chance begreifen, unsere Stadt solidarischer, gerechter und zukunftsfähiger zu gestalten. Die Entscheidungen, die wir heute treffen, werden das Ludwigsburg von Morgen prägen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Stadt ein Ort bleibt, an dem alle Menschen gerne leben und sich zuhause fühlen.

Abschließend möchten wir uns herzlich bei den Beschäftigten der Stadt für ihre Arbeit in diesem herausfordernden Jahr bedanken. Wir hoffen, dass mit dem vorliegenden Haushalt eine solide Grundlage geschaffen wird, damit sie ihre wertvolle Arbeit fortsetzen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.